

„Menschen müssen sich ständig verändern und lebensbegleitend lernen. Hier wächst den Volkshochschulen eine besondere Verantwortung zu.“

Interview mit Jörg Matthias Fritz, MdL
Mitglied im Finanz- und Bildungsausschuss des Landtags



Warum braucht Baden-Württemberg ein umfassendes Angebot an allgemeiner Weiterbildung durch die Volkshochschulen?

Baden-Württemberg bietet zukunftsfähige Strukturen in der gesamten Bildungslandschaft. Damit sich diese weiterhin erfolgreich weiterentwickeln, sind insbesondere die Volkshochschulen mit ihrer Erfahrung in den Bereichen des lebensbegleitenden Lernens, der Integration und Inklusion und der beruflichen Weiterbildung ein wichtiger und verlässlicher Partner. Mit ihrem breiten Netz sind die Volkshochschulen der geborene Partner für Industrie, Handwerk und Verwaltung für Fort- und Weiterbildungen. Die Angebotsstruktur der Volkshochschulen unterliegt den gesellschaftlichen Veränderungen, auf die sie auch aufgrund ihrer langen Tradition am besten eingehen können. Niedrigschwellige Angebote für bildungsferne Menschen zu entwickeln und passgenaue Angebote zu schaffen für spezifische Zielgruppen, wie zum Beispiel Analphabeten, ist eine weitere Aufgabe der Volkshochschulen. Die Verleihung des Landesweiterbildungspreises Baden-Württemberg 2013 an die Volkshochschule Buchen und an die Mannheimer Abendakademie und Volkshochschule zeichnet das im Besonderen aus.

Hinsichtlich welcher aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen erwarten Sie einen Beitrag der Volkshochschulen?

Für die Zukunft werden die Volkshochschulen in einer älter werdenden Gesellschaft vor allem in den Bereichen berufliche und allgemeine Weiterqualifizierung, Gesundheitsbildung und Integration ein wichtiger Partner sein. Um einer stetig wachsenden Ungewissheit der Zukunft zu begegnen, müssen sich Menschen ständig verändern und lebensbegleitend lernen. Der zu erwartende beschleunigte wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Wandel erfordert nicht allein Spezialisierung, sondern ebenso zunehmende Kompetenzen und allgemeinbildende Kenntnisse sowie Schlüsselqualifikationen. Hier wächst den Volkshochschulen eine besondere Verantwortung zu. Um bildungsferne Schichten zu erreichen, sollten die Volkshochschulen die aufsuchende Bildungsarbeit ausbauen. Durch die an einer Vielzahl von Volkshochschulen angebotenen Integrationskurse konnten sie Erfahrung im Umgang mit dieser Klientel gewinnen, die nun dazu genutzt werden kann, auch Personen ohne Migrationshintergrund aus diesen Milieus für die Weiterbildung zu gewinnen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Ausbau der Volkshochschulen und ihrer Angebote im ländlichen Raum. Das Weiterbildungsangebot ist in den Ballungsräumen deutlich größer als in den ländlicheren Regionen Baden-Württembergs.

Die Koalitionsvereinbarung verspricht die Anhebung der Landesförderung auf den Bundesdurchschnitt bis zum Ende der Legislaturperiode. Wie kann das Versprechen bis 2016 eingelöst werden?

In den vergangenen Jahren wurden die Zuschüsse des Landes von der Vorgängerregierung immer weiter gekürzt. Die grün-rote Regierung hat im Koalitionsvertrag die Erhöhung des Landeszuschusses auf den Bundesdurchschnitt angestrebt. Mit der Erhöhung im Haushalt 2012 um gut 2 Millionen Euro und im Doppelhaushalt 2013/14 um insgesamt rund 2,1 Millionen Euro konnte das angestrebte Ziel aufgrund der allgemeinen Sparzwänge nicht vollständig umgesetzt werden. Dennoch erhöht die grün-rote Landesregierung die Förderung der Weiterbildung, während in anderen Bereichen teils schmerzliche Kürzungen vonnöten sind. Diesen Weg werden wir weiterhin Schritt für Schritt auch im Doppelhaushalt 2015/16 fortführen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Kommentar von Verbandsdirektor Dr. Hermann Huba:

Schön, dass wir inhaltlich so weitgehend übereinstimmen und uns über die bereits erfolgten Erhöhungen gemeinsam freuen können. In punkto Landesförderung gibt es indessen auch eine Differenz: Wie alle wirklich großen Versprechen gilt nach unserer Auffassung auch das Versprechen in der grün-roten Koalitionsvereinbarung **für gute wie für schlechte Tage**. Deshalb steht es für uns nicht unter Finanzierungsvorbehalt. Auch der einschlägige Text der Koalitionsvereinbarung enthält keinen Haushaltsvorbehalt. Also hoffen, wünschen und erwarten wir nach wie vor das Erreichen des Bundesdurchschnitts bis 2016.